



FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE, GLOBAL GERECHTE ROHSTOFFPOLITIK

**FÜR EINE ROHSTOFFWENDE-
STRATEGIE!**

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg in der Ukraine rücken die enorme Abhängigkeit Deutschlands von Primärrohstoffen und die Verletzung von Menschenrechten in Rohstofflieferketten erneut in den Fokus. Die bisherigen Rohstoffstrategien der früheren Bundesregierungen von 2010 und 2020 sind auf verschiedenen Ebenen gescheitert:

- ▶ Der Ausbau einer Kreislaufwirtschaft im Sinne der Circular Economy, die die dauerhafte Nutzung von metallischen Rohstoffen aus dem anthropogenen Lager vorsieht, wurde völlig verpasst.
- ▶ Es wurden keine notwendigen Maßnahmen für effektiven Menschenrechts- und Umweltschutz im Bergbausektor getroffen, welche die Lücken des begrüßenswerten deutschen Lieferkettengesetzes ausgleichen können. Somit wurden die Verletzung von Menschen- und Kinderrechten, insbesondere indigener Rechte, und Umweltkatastrophen für unseren enormen Rohstoffbedarf in Kauf genommen.
- ▶ Das Ziel, langfristig die Versorgungssicherheit zu erhöhen, wurde nicht erreicht. Ohne den aktuell steigenden Metallbedarf in Deutschland anzugehen und Ressourcenschutzziele für die Primärmetallnutzung zu setzen, wird die Abhängigkeit von autoritären Staaten und somit auch die Verwundbarkeit der Industrie hoch bleiben.

Zudem missachtet die aktuelle Rohstoffstrategie, dass der hohe metallische und mineralische Rohstoffverbrauch Deutschlands die [Klimakrise](#) weiter anheizt und [soziale](#), [ökologische](#) und [menschrechtliche](#) Konflikte entlang von Rohstofflieferketten – vor allem außerhalb Deutschlands – weiter verschärft.

Hoffnungsvoll stimmt, dass die aktuelle Bundesregierung den notwendigen rohstoffpolitischen Richtungswechsel erkannt hat: In ihrem [Koalitionsvertrag](#) bekennt sie sich klar zu dem „Ziel der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und geschlossener Stoffkreisläufe“. Sie kündigt darin weiterhin an, konkrete Ziele hierfür zu definieren und den aktuellen rechtlichen Rahmen anzupassen. Dies muss nun konsequent umgesetzt werden.

Die nächste Rohstoffstrategie muss daher eine Rohstoffwendestrategie sein, die ...

- ▶ dem Schutz von Menschenrechten und höchsten Umweltstandards beim Rohstoffabbau und entlang der gesamten Wertschöpfungskette Priorität einräumt,
- ▶ den Zusammenhang zwischen Rohstoffverbrauch und Klimakrise aufgreift und wirksame Maßnahmen entwickelt, um den Metallverbrauch auf ein [nachhaltiges und global gerechtes Maß zu reduzieren](#),
- ▶ die absolute Reduktion des Primärrohstoffbedarfs in allen Sektoren (insbesondere der rohstoffintensiven Mobilitäts- und Bausektoren) zum Ziel hat,
- ▶ die Versorgung mit Sekundärrohstoffen (Recyclingrohstoffen) in den Mittelpunkt der Rohstoffpolitik rückt und gegenüber der Verwendung von Primärrohstoffen klaren Vorrang gewährt,
- ▶ Rohstoffpolitik als gesellschaftliches Querschnittsthema versteht, das unter anderem mit Industrie-, Arbeits-, Umwelt-, Klima-, Handels- und Entwicklungspolitik und mit allen wesentlichen Bereichen der Gesellschaft kohärent zusammengedacht und umgesetzt werden muss,
- ▶ sich kohärent zur geplanten nationalen Kreislaufwirtschafts- und Biodiversitätsstrategie verhält.



Weiterlesen

- AK Rohstoffe (2022): [Die nächste Legislatur muss im Zeichen der Rohstoffwende stehen.](#)
- AK Rohstoffe (2020): [Krisenverschärfendes Handeln stoppen, Rohstoffwende umsetzen.](#)
- AK Rohstoffe (2020): [12 Argumente für eine Rohstoffwende.](#)

Die fünf wichtigsten Maßnahmen einer Rohstoffwende-Strategie:

- 1.** Kreislaufwirtschaft und Recyclingrohstoffe gehören in den Fokus der Rohstoffwende-Strategie. Rezyklate werden mittelfristig Primärrohstoffe ersetzen. Forschung und Förderung zu Ökodesign und Recycling werden priorisiert und ausgebaut. Es werden ökonomische Anreize geschaffen und innovative Geschäftsmodelle gefördert, um Rezyklate und nachhaltiges Produktdesign zur Grundlage unseres Wirtschaftens zu machen.
- 2.** Da auch dem [Recycling Grenzen gesetzt](#) sind, muss dies mit einer drastischen Reduktion sämtlicher eingesetzter Rohstoffe einhergehen. Dafür braucht es verbindliche [Ressourcenschutzziele](#). Hinsichtlich der Inanspruchnahme metallischer Primärrohstoffe sollte die Bundesregierung Reduktionsquoten festlegen, die an die [Bewertungen des Umweltbundesamts](#) angelehnt sind: 30 Prozent bis 2030, 50 Prozent bis 2040 und 70 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 2010. Sie sollten sektorspezifische Zwischenziele beinhalten und Rohstoffe und Produktgruppen mit hohem Gefährdungspotential für Menschenrechte, Umwelt und Klima priorisieren.
- 3.** Verbindliche menschenrechtliche, umwelt- und klimabezogene Sorgfaltspflichten sowie wirksame Beschwerdemechanismen entlang der gesamten Wertschöpfungskette werden als Grundlage für die Versorgung mit Rohstoffen auf allen Ebenen festgeschrieben; dabei wird der Zugang zu Recht und Entschädigung für Betroffene sichergestellt. Hierzu gehören auch die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung (wie die Vergabe von Garantien für Ungebundene Finanzkredite), die an die Einhaltung von menschenrechtlichen, umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten geknüpft werden. Als Voraussetzung für Rohstoffimporte aus indigenen Territorien wird die Einhaltung der ILO-Konvention 169 sichergestellt.
- 4.** Die Bundesregierung nutzt alle geeigneten handelspolitischen Instrumente, um Rohstoffförderländer im Globalen Süden beim Auf- und Ausbau lokaler Weiterverarbeitung von Rohstoffen, der Erhöhung der Wertschöpfung und der Schaffung lokaler Arbeitsplätze zu unterstützen. Sie setzt sich außerdem entschieden für verbindliche und sanktionsbewehrte Nachhaltigkeitsbestimmungen in Handelsabkommen ein, an die sie ihre eigene Mitzeichnung knüpft.
- 5.** Angesichts des 2023 beabsichtigten Beginns des Tiefseebergbaus spricht sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene (ISA) für einen definitiven Verzicht des Rohstoffabbaus am Meeresboden aus und bereitet ein Verbot der Nutzung oder Einfuhr von Rohstoffen aus der Tiefsee vor.



**Forderungspapier
als Online-Version!**



Stand: Oktober 2022

Der AK Rohstoffe ist ein Netzwerk deutscher Nichtregierungsorganisationen, das sich für Menschenrechte, soziale Standards und Umweltschutz entlang metallisch-mineralischer Rohstofflieferketten einsetzt.

AK Rohstoffe Koordinierungsbüro
c/o PowerShift e.V.
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Hannah Pilgrim
hannah.pilgrim@power-shift.de
T 030 41934182

<http://ak-rohstoffe.de>
@AK_Rohstoffe

Dieses Projekt wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der AK Rohstoffe verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

